

Härtel, Hans-Hagen

Article — Digitized Version

Verwässerte Steuerreform?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Härtel, Hans-Hagen (1984) : Verwässerte Steuerreform?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 12, pp. 574-575

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135984>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Verwässerte Steuerreform?

In der Diskussion um die Steuerreform drohen die Verteilungspolitiker den Wachstums- und Beschäftigungspolitikern immer mehr das Heft aus der Hand zu nehmen. Dies läßt sich besonders anschaulich machen, wenn man die hierzulande gehandelten Vorschläge mit der großen Steuerentlastung der Reagan-Regierung vergleicht. Dieser lag eine denkbar einfache und eingängige Philosophie zugrunde: Jeder Bürger wurde proportional zu seiner steuerlichen Belastung entlastet; wer viel Steuern zahlte, bekam auch viel zurück.

Eine solche Philosophie gilt bei uns als unsozial, weil die Reichen stärker als die Armen entlastet werden. Übersehen wird dabei, daß unabhängig von der Einkommenshöhe auch diejenigen leer ausgehen, die sich auf legalem oder illegalem Wege der Besteuerung entziehen, und daß diejenigen begünstigt werden, deren Einkommen voll dem Zugriff der Steuer unterliegt. Und verdrängt wird von den Kritikern, daß sich die amerikanische Steuerpolitik voll auf die Bekämpfung des Hauptübels in den westlichen Industrieländern konzentriert, nämlich des Mangels an wirtschaftlicher Dynamik und an Beschäftigungsmöglichkeiten. Prämiert werden alle Aktivitäten, die auf die Erzielung von (versteuertem) Einkommen gerichtet sind.

Obwohl die Bundesrepublik gegenüber den USA keineswegs einen Rückstand an sozialer Symmetrie, wohl aber einen Rückstand an wirtschaftlicher Dynamik aufweist, war der steuerpolitische Kurs der gegenwärtigen Regierungskoalition von Anfang an durch verteilungspolitische Konzessionen geprägt. Daß ein großer Teil der geplanten Steuererleichterungen für kinderreiche Familien reserviert wurde, mag man noch hinnehmen, wenngleich die Verbesserung des Familienlastenausgleichs weniger dringend ist als die Verbesserung der Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung. Geradezu grotesk ist es aber, daß große Teile der CDU, wie schon die SPD und die Gewerkschaften, ein Kernstück der Steuerreform offenbar darin sehen, diejenigen von den Segnungen der Reform auszuschließen, die besonders hoch mit Steuern belastet sind. Nachdem das Bundesverfassungsgericht der ökonomisch ohnehin fragwürdigen Zwangsanleihe die rechtliche Basis entzogen hatte, hätten vermutlich viele CDU-Politiker am liebsten zusammen mit der SPD die Einkommen der sogenannten Besserverdiener mit einer Ergänzungsabgabe belastet.

Daß die Steuerreformdiskussion so weit ins verteilungspolitische Fahrwasser abgedrängt wurde, ist letztlich darauf zurückzuführen, daß die Regierung vor der in vielen Medien verbreiteten Legende, nach der die öffentlichen Finanzen zu Lasten der niedrigen Einkommen konsolidiert würden und eine Umverteilung von unten nach oben stattfinde, nicht nur kapitulierte, sondern ihr mit der These noch Vorschub leistete, daß auch von den Besserverdienern-

den ein Konsolidierungsbeitrag zu leisten sei. Verschwiegen wurde dabei, daß in erster Linie nicht die Bezieher von niedrigen und mittleren Einkommen, sondern die von hohen Einkommen die „heimlichen“ Steuererhöhungen aufbringen mußten, deren Rückgabe ein Ziel der Steuerreform sein sollte. So ist nach der Steuerreform 1975, die schon eine deutliche Umverteilung von oben nach unten mit sich gebracht hatte, das reale Nettoeinkommen (nach Abzug der Steuern, vor Abzug der Sozialabgaben) eines verheirateten Arbeitnehmers mit zwei Kindern, der heute brutto 120 000 DM im Jahr erhält, nur um 4 % gestiegen, während das Realeinkommen bei einem Bruttoverdienst von 30 000 DM oder 60 000 DM um 8 % zugenommen hat (in allen drei Fällen wurde die gleiche Steigerung der realen Bruttoverdienste um 10 % angenommen).

Auch die These, die Besserverdienenden seien nicht von den Entscheidungen getroffen, mit denen das finanzielle Gleichgewicht in der Sozialversicherung wieder hergestellt werden soll, ist ohne Substanz. Die meisten von ihnen sind als abhängige Arbeitnehmer Mitglied der Sozialversicherung und als Beitragszahler oder als Empfänger von Sozialleistungen an den Konsolidierungsmaßnahmen beteiligt. Soweit jemand nicht Mitglied ist oder soweit das Einkommen die Beitragsbemessungsgrenze übersteigt, besteht auch kein Anspruch auf Leistungen der Sozialversicherung und insoweit auch keine Berechtigung, Konsolidierungsbeiträge zu fordern.

Wie oberflächlich die Diskussion ist, zeigen die Klagen über die geringe Rentenerhöhung von 1,1 % im nächsten Jahr. Viele Arbeitnehmer haben in diesem oder im nächsten Jahr eine ähnlich geringe Steigerung ihrer Nettoverdienste zu verzeichnen. Auch im längerfristigen Vergleich sind die Rentner nicht die Konsolidierungsoffer, als die sie in aller Munde sind. Seit 1980 sind die realen Nettoeinkommen der Arbeitnehmer um 1 % gesunken, während die Rentner ein reales Plus von 1,5 % erhielten. Mit solchen Irreführungen der Öffentlichkeit blockieren die Politiker die auch in Zukunft anstehenden Entscheidungen im Sozialversicherungssystem und gefährden damit dessen Existenz.

Was die Konsolidierung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden angeht, so sind davon Einzelfälle, z. B. Bezieher von BAföG-Leistungen, empfindlich getroffen worden. Vergessen wird jedoch in der Regel, daß hier die soziale Symmetrie gewahrt ist, weil die Einkommen der Besserverdienenden durch die Kürzung der steuerlichen Ausbildungsfreibeträge und zum Teil auch des Kindergeldes geschmälert wurden. Im übrigen sind die Konsolidierungserfolge nicht in erster Linie durch Kürzung von Sozialleistungen erreicht worden, sondern durch Senkung der staatlichen Investitionen sowie durch Einsparungen bei den Personal- und Sachausgaben.

Man wird im übrigen behaupten dürfen, daß die meisten Bezieher von niedrigen und mittleren Einkommen nicht der Auffassung sind, die Steuersätze auf hohe Einkommen seien zu niedrig, sondern sich darüber ärgern, daß die Bezieher von hohen Einkommen über wesentlich größere Spielräume zur legalen und illegalen Steuerverminderung verfügen. Dieser Eindruck ist sicherlich richtig, wenngleich er nicht für alle Formen der Steuervermeidung zutrifft, z. B. nicht für die Schwarzarbeit. Der Ausweg kann jedoch nicht ein Anziehen der Steuerschraube für hohe Einkommen sein, denn damit würden gerade nicht die Steuersparer, sondern die steuerehrlichen Bürger getroffen und dazu animiert, es den Steuersparern gleichzutun. Abhilfe schafft nur die Beseitigung von Steuervergünstigungen mit Subventionscharakter (z. B. des Freibetrags für freie Berufe) oder zumindest die Umwandlung von einkommensabhängigen Freibeträgen in einkommensunabhängige Zulagen (z. B. 7b-Abschreibungen für selbstgenutztes Wohneigentum).

Wer die Erhöhung von Realeinkommen und Beschäftigung als die vorrangige wirtschaftspolitische Aufgabe ansieht, der muß sich gegenüber populistischen verteilungspolitischen Forderungen robust zeigen und den begünstigen, der Risiken übernimmt, mehr investiert und mehr leistet. Er muß auch dem Bürger – ob er viel oder weniger verdient – das Gefühl verschaffen, er werde vom Fiskus fair behandelt. Dies heißt vor allem, daß der Anstieg der Steuerprogression gemildert wird. Darüber hinaus wäre für die Zukunft anzustreben, daß niemand für zusätzliches Einkommen mehr als die Hälfte an den Staat abführen muß.